

Wir müssen in Europa um jeden Job kämpfen



Take Aways:

- **Der Dienstleistungsmarkt muss in ganz Europa liberalisiert werden, auch gegen Widerstände.**
- **Es müssen Rahmenbedingungen für flexibilisierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Die bestehenden Tarifverträge basieren auf Vorstellungen des letzten Jahrhunderts.**
- **Wachstum kann nicht durch Steuersenkungen erreicht werden. Japan und Deutschland haben das vergeblich versucht.**

Österreich als kleines Land in der EU, das Wachstumsproblem in Europa und die Hausaufgaben, die in der EU und in jedem einzelnen Staat anstehen, das waren die Themen des Key-Note-Referats des österreichischen Wirtschaftsministers.

«Europa hat ein massives Wachstumsproblem», konstatierte Bartenstein zu Beginn seines Referats. Zwar sind die Zahlen für das erste Quartal 2004 in der Schweiz (1,8%) und in Österreich (1,5 bis 2,1%) positiv, doch glänzt die USA mit 3,6% – von den Zahlen, die uns aus China erreichen, ganz zu schweigen. Aber ohne Wachstum keine Jobs. Was also ist zu tun? Bartenstein unterscheidet drei Sorten von Europäern: Die Optimisten, die keine Gefahr einer Deindustrialisierung sehen, die Pessimisten, welche befürchten, dass die EU Arbeitsplätze an China und die Forschung und Entwicklung an die USA verlieren, wo beste Bedingungen in Bezug auf Nichtregulierung herrschen. Genau auf diese Herausforderungen brauche es europäische Antworten von Realisten, zu denen sich Bartenstein selbst zählt: «Europa braucht eine neue Industriepolitik. Wir müssen um jeden Job in Europa kämpfen.»

Für den Erfolg brauche es die Erledigung von Hausaufgaben in Europa und in den einzelnen Nationen. In Österreich werden sie derzeit angegangen, wobei bei einem kleinen Staat Korrekturen leichter fallen, weil ein direkterer Draht zu den Gewerkschaften

«Uns sind Sie in der EU jederzeit herzlich willkommen.»

und Arbeitgeberverbänden bestehe. Allgemeine Steuersenkungen können kein Wachstum hervorbringen, wie die Versuche in Deutschland und Japan zeigten, aber auf weitere Belastungen der Wirtschaft müsse man verzichten und beispielsweise Corporate Taxes senken. Österreich positioniere sich so auch als Standort für Headquarters. Das System der dualen Ausbildung müsse erhalten und mehr in den Bereich der tertiären Bildung gesteckt werden: «Fachhochschulen zu fördern, ist das Gebot der Stunde». Eine Chance sei für Österreich der Fall des eisernen Vorhangs gewesen, sogar wichtiger als die EU-Osterweiterung. Man habe diese Märkte zurückgewinnen können und in 15 Jahren



beispielsweise 60000 Jobs geschaffen. Entsprechende Aufgaben sieht Bartenstein für die EU. Der Binnenmarkt müsse vollendet, die Dienstleistungs-

«Kleinere Länder tun sich leichter, sie sind flexibler, die Drähte zu den Sozialpartnern sind direkter.»

märkte liberalisiert werden, auch gegen Widerstände. Neben dem Stabilitätspakt, brauche es einen Flexibilisierungspakt um Rahmenbedingungen für moderne Arbeitsplätze zu schaffen, die beispielsweise bezüglich Arbeitszeitregulierung auf betrieblicher Ebene flexibel gestaltet werden können. «Die bestehenden Tarifverträge stammen aus dem letzten Jahrhundert», hielt Bartenstein fest. Und ganz allgemein: «Wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit nicht völlig aus den Augen verlieren wollen, müssen wir deregulieren!». Das Wachstum in der Schweiz, Deutschland und Österreich stamme derzeit aus den USA und Asien. «Das muss geändert werden, Europa muss aus sich selbst herauswachsen!»

Dr. Martin Bartenstein

Wirtschaftsminister Österreich

Nach Abschluss des Gymnasiums in Graz studierte er Chemie an der Universität Graz (Dr. phil.). Seine politische Karriere startete Bartenstein 1991 als Abgeordneter zum Nationalrat und Industriesprecher der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). 1995 wurde er zum Bundesminister für Umwelt gewählt. Seit Februar 2000 ist Dr. Martin Bartenstein Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit von Österreich und reitet mit seinem Land auf einer Erfolgswelle.